



DEBATTE

MICHAEL CHRISTL
fordert bei den Pensionen Koppelung
mit der Lebenserwartung.



Akuter Reformbedarf

Was dazu gedacht ist, die Österreicherinnen und Österreicher in Sicherheit zu wiegen, ist bei genauerer Analyse ein Beweis mehr für akuten Reformbedarf: Der Bericht der Pensionskommission vom Dienstag zeigt klar auf, dass die bisherigen zaghaften Änderungen im Pensionssystem keinesfalls ausreichen, um künftige Renten nachhaltig zu finanzieren. Oder halten Sie es für eine gute Nachricht, dass sich der Pensionszuschuss aus dem Budget „erst“ im Jahr 2033 von jetzt etwa acht auf 16 Milliarden Euro verdoppelt und nicht schon 2030?

Das Pensionsloch wächst so oder so rasant, ob man dem Bericht der Pensionskommission von 2012 glaubt oder dem nun vorgelegten.

„Halten Sie es für eine gute Nachricht, dass sich der Pensions-Zuschuss aus dem Budget erst 2033 verdoppelt und nicht schon 2030?“

Wir von der Agenda Austria meinen daher, dass unsere Renten eine wirkungsvollere Reform brauchen. Die Regierung sollte dem Beispiel von Schwedens Sozialdemokraten folgen, unter deren Ägide – mit Zustimmung aller anderen Parteien – die Höhe der schwedischen Pensionen an die Lebenserwartung gekoppelt wurde.

Dahinter steckt auch kein seelenloser Automat, wie Bundeskanzler Werner Faymann meint, sondern die erfreuliche Tatsache, dass wir immer länger leben.

In Schweden zahlt jeder Bürger auf ein Pensionskonto ein. Beim Pensionsantritt wird der Betrag auf dem Konto durch die Zahl der statistisch zu erwartenden Lebensjahre dividiert.

Die Höhe der Pension hängt also davon ab, wie lange sie voraussichtlich bezogen wird. Gleichzeitig garantiert der Staat eine Mindestpension. Langwierige politische Diskussionen sind nicht mehr nötig und die daraus resultierende nachhaltige Finanzierung ist auch den Jüngeren gegenüber fair.

Die Ansicht der Pensionskommission, dass die künftige Zuwanderung nach Österreich sowie der zaghafte Anstieg des tatsächlichen Pensionsantrittsalters unser Rentensystem mittelfristig etwas entlasten, ist richtig. Aber richtig ist auch, dass die Entlastung eindeutig zu gering ist: Weder Zuwanderung noch der – zu langsame – Anstieg des tatsächlichen Pensionsantrittsalters können das System in Österreich stabil halten.

Die Erwerbstätigen und Steuerzahler werden, siehe oben, jedes Jahr mehr Geld ausgeben müssen, um die Pensionen zu finanzieren, wenn die weiter steigende Lebenserwartung nicht berücksichtigt wird.

Zur Illustration: Ein Österreicher ist heute im Schnitt 21 Jahre lang in Ausbildung, er steht dann 38 Jahre lang im Arbeitsleben und ist 22 Jahre lang in Pension. Seit 1971 hat sich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer fast verdreifacht und seit 1991 ist sie um die Hälfte gestiegen – von 15 auf eben 22 Jahre.

Michael Christl arbeitet als Pensionsexperte für die Agenda Austria